

Noch keine Entscheidung über den „Api“-Tarif.

Die in Weimar geschickten Verhandlungen über die Erneuerung des Mantelvertrages für die „Api“-Betriebe wurden am 30. September in Berlin unter der Leitung eines Schlichters des Reichsarbeitsministeriums fortgesetzt. Die Verhandlungen brachten eine Wiederholung der schon in Weimar geführten Debatten, die beiderseitigen Anträge wurden nochmals eingehend begründet. Mit allem Nachdruck vertrat unser Sprecher die Forderungen nach Anerkennung des Achtstundentages, nach Bezahlung der eventl. Mehrstunden als Ueberstunden, nach Beseitigung der Beibratetenstaffel, nach Verbesserung der prozentualen Spannungen in den Lohnstufen, nach Erhöhung des tariflichen Affordolls, nach Verbesserung in der Ferienfrage und der Feiertagsbezahlung, nach Aufnahme von Bestimmungen über die Lehrlingsentlohnung in den Vertrag, nach dem Verbot des Affordarbeitens für Lehrlinge und nach einer Revision des Ortsklassenverzeichnis.

Die Argumente der Unternehmer waren die gleichen, wie schon im Weimar. Nach ihrer Darstellung ist die Wirtschaftslage Deutschlands so, daß keinerlei irgendwie gearteten Befastungen erfolgen dürfen. Den Forderungen der Arbeiterschaft wurde jede innere Berechtigung abgesprochen. Die Unternehmer verjuchten ziffernmäßig und prozentual zu berechnen, in welchem Ausmaß unsere Forderungen das Lohnkonto der Betriebe belasten würden. Der Mehrverdienst von 15 Proz. über den Tariflohn für Affordarbeiter biete Anreiz genug zur Leistung von Affordarbeit. Alle sozialen Lasten des jetzigen Mantelvertrages stellen eine meist unbeachtete Uebererschreitung des Tariflohnes um 10 bis 12 Proz. dar. Mehrfach wiederholt wurde die Behauptung, daß andere Industrien nicht in diesem Ausmaß belastet seien als die Betriebe der „Api“-Verbände. Die Ferienfrage und die Feiertagsbezahlung dürfe nicht weiter auf, sie müsse vielmehr durchgreifend abgebaut werden. Ganz besonders trat der Sprecher der Unternehmer für eine Beseitigung der Bestimmungen des jetzigen Mantelvertrages ein, die das Beibehalten günstigerer Verhältnisse, als im Vertrag vorgesehen, festlegten. Es ist bezeichnend für die Haltung der Unternehmer, daß ihr Sprecher auf den Einwand, daß von der Streichung dieser Bestimmungen nur die alten, lange Jahre im Betrieb tätigen Gehilfen und Arbeiterinnen betroffen werden, feienruhig erklären konnte, daß die Betriebe keine Invaliden- oder Versorgungsanstalten seien und daß Lohnkürzungen im vorgeschrittenen Alter durchaus berechtigt seien. Das war eine klare Bestätigung des von uns immer kritischeren Standpunktes der Unternehmer, daß der Mohr gehen muß, wenn er seine Schuldigkeit getan hat. Besser konnte der Dank der Unternehmer gegenüber dem alten und verdienten Personal nicht zum Ausdruck gebracht werden, und man kann nur der Erwartung Ausdruck geben, daß unsere Kollegen auf diese Haltung die Konsequenzen zieht.

Nach längerer Rede und Gegenrede konstatierte der Schlichter, daß der Versuch zu einer Verständigung gescheitert sei und daß nunmehr das Schiedsgericht einen Spruch fällen werde. Zu einem solchen, der eine Klärung der Sachlage gebracht hätte, kam es jedoch nicht. Nach längerer Tagung des Schiedsgerichts erhielt dessen unparteiischer Vorsitzender die Mitteilung von dem kurz bevorstehenden Abscheiden seines Vaters. Das machte es ihm unmöglich, die Streitfrage zu Ende zu führen, und kam schließlich folgende provisorische Vereinbarung zustande:

1. Der bisherige Manteltarifvertrag bleibt bis Ende Oktober 1925 in Geltung.
2. Die Parteien wollen erneut versuchen, über die strittigen Punkte des Manteltarifvertrages eine Verständigung zu erzielen.
3. Falls die zu 2 erwähnte Verständigung nicht erzielt wird, soll die Schlichtungskammer ohne weitere Verhandlung zur Fortsetzung der Beratung zusammentreten.
4. Die Anberaumung des etwaigen Termins zur Fortsetzung der Beratung soll von Amts wegen erfolgen.

Die Fortsetzung der Verhandlungen wird nunmehr nach dieser Entscheidung im Laufe des Oktober erfolgen.

Verelendung der deutschen Arbeiterschaft.

Wenn die Reichsregierung die Behauptungen der Unternehmer sich immer mehr zu eigen macht, daß die Arbeitslöhne ungebührlich hoch seien und der deutschen Arbeiterschaft es sehr gut gehe, so findet diese Behauptung die beste Widerlegung durch die jetzt vom Preussischen Wohlfahrtsministerium herausgegebene Denkschrift über „Bevölkerungsbewegung und Gesundheitszustand in Preußen im Jahre 1924“. Sie spiegelt die ungeheure Not eines Volkes wider, das durch einen Krieg von 4½ Jahren hindurch mußte. Generationen nach uns werden noch die Bürde zu tragen haben, die uns die Jahre von 1914 bis 1918 auferlegten. Die Denkschrift gibt zu, daß der Arbeitslohn allgemein zu gering ist, so daß der größte Teil des Verdienstes für Nahrung, Wohnung, Oberkleider und Schuhwerk draufgeht, während für Unterzeug usw. fast nichts übrig bleibt. Erschreckend groß war der Umfang der Arbeitslosigkeit im Laufe des Jahres 1924. Voll erwerbslos waren in Preußen (bis 1. Juli ohne, dann einschließlich des besetzten Gebietes): 1. Januar 1 272 997 männliche, 260 498 weibliche, zusammen 1 533 495 Personen; 1. April: 635 125 männliche, 59 434 weibliche, zusammen 694 559 Personen; 1. Juli: 267 259 männliche, 15 884 weibliche, zusammen 283 143 Personen; 1. Oktober: 298 811 männliche, 21 402 weibliche, zusammen 320 213 Personen; 31. Dezember: 309 048 männliche, 20 583 weibliche, zusammen 329 631 Personen.

Ein besonderes Merkmal für die schlechte

wirtschaftliche Lage der Bevölkerung ist das Sinken der Eheschließungen. Während im Jahre 1921 auf 1000 Einwohner 12,07 entfielen, waren es im Jahre 1924 nur noch 7,00. Die Zahl der Selbstmorde ist von 19,01 auf 100 000 Einwohner im Jahre 1923 auf 20,7 im Jahre 1924 gestiegen. Zahlreich waren die Todesfälle infolge Körperschwäche: in Halle z. B. 11, in Düsseldorf in der ersten Hälfte des Jahres 22. Die Früh- und Fehlgeburten stiegen von 62 595 im Jahre 1921 auf 64 266 im Jahre 1922, auf 65 720 im Jahre 1923 und erreichten im Jahre 1924 die ungeheure Höhe von 73 319. Die Denkschrift führt die meisten Früh- und Fehlgeburten auf Abtreibung zurück, gibt aber zu, daß ein Teil durch die schwere Arbeit der Frauen in den letzten Schwangerschaftsmonaten bedingt ist, zumal wegen der Erwerbslosigkeit der Männer viele schwangere Frauen zur Verrichtung schwerer Arbeit genötigt sind.

Traurige Verhältnisse schildert die Denkschrift aus dem Gebiete der Wohnungsnot. In vielen Landesteilen ist sogar eine Zunahme der Wohnungsnot zu verzeichnen. Ganz schlimm liegen die Verhältnisse da, wo es sich um Tuberkulosefranken handelt. In Belgard z. B. hatten von 95 Tuberkulosen 10 kein eigenes Bett, 65 keinen eigenen Schlafraum. In Stade schliefen 159 Tuberkulose mit Gefunden in einem Zimmer, 68 mit solchen in einem Bett. So bietet die Denkschrift alles in allem ein trauriges Bild von den sozialen und gesundheitlichen Zuständen des Freistaates Preußen im Jahre 1924.

Der Fall ist typisch!

Unsere Tarife bringen uns öfter mit Arbeitgebern zusammen, wo über Tarife und deren Auslegung oder über die Höhe des Lohnes der Arbeiter und Arbeiterinnen verhandelt wird. Am 21. September geschah das wieder, und zwar waren da einige Vertreter von uns mit einigen Arbeitgebern vom Zentralverband der Kartonnagen-Industrie zusammen. Der Gegenstand des Streites war, daß in einer bedeutenden Industriestadt von 370 000 Einwohnern die Arbeitgeber nicht nach Ortsklasse 2 zahlen wollten, sondern mit aller Macht darauf beharrten, daß 2 Prozent weniger als der Lohn von Ortsklasse 2 gezahlt werden mußte.

Stundenlang hatten die Arbeitgeber erklärt, wie schlecht es ihnen heute bei den drückenden Kosten, die von ihnen getragen werden müssen, dem schlechten Geschäftsgang und bei den hohen Löhnen geht. Von einem unserer Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß in dem Betriebe des am meisten klagenden Arbeitgebers K. doch voll gearbeitet würde, sagte dieser:

„Ja, — aber was für Arbeit hat man. Ich habe jetzt einen Auftrag von einem Kunden, wo ich das Tausend Karton mit 85 Mk. kalkuliert habe. Einer meiner Konkurrenten bot sie mit 70 Mk. an und um den Auftrag und Kunden zu erhalten, mache ich denselben.“ Natürlich für 70 Mk.

Dieser Fall ist typisch! Die Arbeitgeber wagen es heute, dem Arbeiter und der Arbeiterin 2 Proz. vom Lohn abzuhandeln. Darüber wurde in Hamburg und jetzt wieder in Erfurt stundenlang gesprochen. Sie selber gehen bei einem Auftrag 17,6 Proz. vom Gesamtpreis zurück.

Ist das nicht hahnebüden? Wegen 2 Proz. Lohnnachlaß vom Tarif muß man sich mit den Arbeitgebern unterhalten, die ¼ bis 1½ Pf. die Stunde ausmachen, während sie bei genauester Kalkulation 15 Pf. am Tausend Karton nachlassen.

Die Arbeitgeber in der Kartonnagenindustrie haben aber anscheinend das Gefühl, daß sie heute den Arbeitern und Arbeiterinnen wieder einmal alles bieten können.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände.

Aus dem letzten umfangreichen Geschäftsbericht für 1923 und 1924 ist ersichtlich, daß gegenüber dem Stande vor der Inflation (Ende 1921) nicht unbedeutende Verschiebungen eingetreten sind, die aber nicht gewertet werden können, da die Vereinigung offenbar grundsätzlich die Zahlen der Verbandmitglieder geheim hält. Der Vereinigung waren angeschlossen:

I. Fachverbände	1921	1924
a) Reichsverbände	55	45
b) Bezirksverbände	35	46
c) Ortsverbände	21	14
d) Untererb. (mittelb. angechl.)	806	555
II. Gemischtgewerbliche Verbände		
a) Bezirksverbände	40	40
b) Ortsverbände	64	51
c) Untererbände	914	713
III. Insgesamt	1927	1458

Jetzt soll die organisatorische Entwicklung zu „einem gewissen Abschluß“ gekommen sein, wenn auch dieser Aufbau keineswegs dem Ideal der Arbeitgeberverbände entspricht, wird aber wohl „zurzeit den Besten der deutschen Arbeiterschaft wohl am zweckentsprechendsten gerecht“. Dabei ist das Organisationsziel, „daß jeder Betrieb sachlich und gemischtgewerblich organisiert ist“, nach keineswegs erreicht. Immerhin stehen die sachlichen Verbände im bezüglichen Zusammenschluß. Eine Lücke in diesem Organisationsaufbau bildet augenblicklich Sachsen, wo sonderbarer Weise „infolge finanzieller Schwierigkeiten“ (?) die Landesstelle aufgehoben werden mußte.

Nach der am 26. März 1924 beschlossenen neuen Satzung steht an der Spitze der Vereinigung ein Präsidium, das sich aus einem Vorsitzenden, drei Stellvertretern, dem Schatzmeister und zwei bis vier weiteren Vorstandsmitgliedern zusammensetzt. Dieses Präsidium wird aus dem Kreise des 35köpfigen Vorstandes gewählt. Daneben besteht der „große Ausschuß“, dessen Höchstzahl auf 200 festgelegt wurde. Von diesen werden bis zu 175 nach dem Verhältnis der Beitragsleistungen von den Verbänden entsandt. Die restlichen 25 Vertreter werden alljährlich vom Vorstand gewählt. Die Hauptarbeit wird in den alle zwei Jahre gewählten fünf Arbeitsausschüssen geleistet.

Die Geschäftsstelle, die jetzt 11 wissenschaftliche Beamte und 34 kaufmännische Angestellte beschäftigt, leitet Dr. Längler. Ihm zur Seite stehen Dr. Meißinger, der die Tarifabteilung leitet, und von Jengen, dem die Propagandaabteilung unterstellt ist, während die Zentralleitung und die sozialpolitische Abteilung unmittelbar Dr. Längler unterstehen.

Arbeitsverhältnisse Rußlands.

Die Rückkehr der Rußlanddelegation deutscher Arbeiter hat wieder mal das Interesse der russischen Arbeiterverhältnisse mehr in den Vordergrund gerückt. Wie zielbewußt man von russischer Seite darauf hingearbeitet hat, geht u. a. aus dem Brief des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale (kurz Ekki genannt), hervor. In diesem Brief heißt es u. a.: „Die Partei, ihre Gewerkschaftsfraktionen müssen in allen Verbänden, Ortsartikeln und Zahlstellen eine großzügige Agitation auf Grund der Reise der ersten Arbeiterdelegation nach Sowjetrußland entfalten. Diese Reise muß einen gewaltigen Widerhall in der gesamten deutschen Arbeiterbewegung erwecken.“

Und gegenwärtig rührt man schon wieder die Werbetrommel, um eine neue Arbeiter-Delegation in allen Städten zusammen zu bekommen. Wir können vor einer Beteiligung an solchen Delegationen unsere Mitglieder nur dringend warnen, weil wir unsere Kollegenschaft nicht auch der Gefahr aussetzen wollen, daß ihr wiederum in Rußland Potemkinsche Dörfer vorgeführt werden.

Man kann ohne weiteres zugeben, daß die Bedeutung Rußlands im europäischen Wirtschaftsleben eine so große ist und in Zukunft noch gewaltigere sein wird, daß wir alle Ursache dazu haben, uns recht eingehend mit den russischen Verhältnissen zu beschäftigen. Man kann aber bei der Betrachtung des russischen Wirtschaftslebens nicht vorübergehen, ohne einen tiefen Blick auf die dortigen Arbeitsverhältnisse zu tun. Das war ja auch der eigentliche Zweck, der im Juli d. J. nach Rußland gereisten Arbeiterdelegation, die dortigen Arbeitsverhältnisse mit eigenen Augen kennen zu lernen. Dieser Gedanke wäre auch von den deutschen Gewerkschaften begrüßt worden, wenn sie nicht die Gewisheit gehabt hätten, daß man den Delegierten nur das zeigen würde, was den jetzigen Machthabern genehm ist. Diese Ueberzeugung wurde u. a. aufs neue bekräftigt durch die Tatsache, daß es beispielsweise dem deutschen Bergarbeiterverband, der sich ebenfalls zu einer Delegation nach Sowjetrußland entschlossen hatte, von der russischen Regierung verwehrt worden sei, einen von ihm ausgewählten sachverständigen russischen Dolmetscher mitzunehmen. Es war offensichtlich, daß man nur Sprachunkundige unter den Delegierten haben wollte, um ihnen um so ungenierter Potemkinsche Dörfer vorführen zu können. Zum größten Teil ist den russischen Managern dies auch gelungen. Manche der Delegierten haben sich aber doch den offenen Blick bewahrt, und kritische Beobachtungen angestellt. Einer von diesen wenigen gibt im Hamburger Echo seine Erlebnisse wieder, die wir wenigstens auszugsweise im nachstehenden wiedergeben.

Zunächst weist er darauf hin, daß die Betriebe in Rußland technisch und sanitär auf einer rückständigen Stufe sich befinden, so daß ein deutscher Arbeiter sich dort nicht wohl fühlen könne. Die Löhne in Moskau seien einen Rubel monatlich geringer als in der Vorkriegszeit. Diese letztere Tatsache bedeutet aber, daß die russischen Arbeiter nicht die Hälfte des Reallohnes der Vorkriegszeit haben. Denn der amtliche russische Teuerungsindez der Lebensunterhaltskosten war bereits im März d. J. auf 213 gestiegen. Es heißt dann weiter in dem Bericht:

„Die Löhne der gelernten Facharbeiter sind gut, die der ungelerten Arbeiter dagegen ziemlich gering. Gelernte Arbeiter sind 30 Proz., ungelerte aber 70 Proz. vorhanden, das Lebensniveau der letzteren sei eine sehr herabgedrückte. In bezug auf die Arbeitszeit ist der Achtstundentag eingeführt. In der Schwerindustrie und der Gießstoffindustrie wird nur 6 Stunden gearbeitet. Diese Arbeiter erhalten 4 Wochen Ferien, die übrigen 14 Tage. Die Arbeitszeit für Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr beträgt auch nur 6 Stunden. Die Frauen müssen jedoch 8 Stunden arbeiten, auch ist in Rußland die Frauenarbeit sehr stark verbreitet. An der Straßenbahn, an der Eisenbahn, in Wäz- und Hochöfenwerken, in Schleifereien, sogar in den Bergwerken unter Tage arbeiten Frauen. In bezug auf die Arbeitsform herrscht in Rußland unbeschränkt das Attributsystem. Die Betriebe leitet eine Direktion, an deren Spitze der technische und der rote Direktor steht. Der rote Direktor ist meist ein alter Arbeiter, der den technischen Direktor kontrollieren soll. Der Delegation wurde gesagt, das Zusammenarbeiten vollziehe sich ziemlich reibungslos, weil alles

am Gedeihen des Betriebes interessiert sei. Der Betriebsrat nimmt eine ganz andere Stellung ein als bei uns in Deutschland. Im allgemeinen mache sich in der russischen Wirtschaft ein großer Aufschwung bemerkbar, im Verkehrsweisen herrscht der Pferdefuhrwerksverkehr vor, denn es gibt noch nicht so viele Automobile, doch funktionieren es in den Großstädten wie bei uns.

In der russischen Industrie herrscht die Ansicht, daß in der Arbeit nur noch Qualifikation bezahlt werden kann. Der Unterschied zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern in der Entlohnung habe zur Folge, daß sich die Jugendlichen leichter zur Erlernung einer Facharbeit entschließen. Auch die Frauen müssen Nacharbeit verrichten, sonst würden sie einfach aus den Betrieben verdrängt werden. Sittliche und moralische Bedenken kämen nicht in Betracht wie bei uns. Während der Schwangerschaft braucht die Frau nicht zu arbeiten.

Seit Jahresbeginn hat sich das Lohnniveau allmählich gehoben und die Arbeiter sind mehr und mehr zufriedener geworden.“

Also trotz der Hebung des allgemeinen Lohnniveaus waren die Reallohne zur Zeit der Anwesenheit der Rußlanddelegation dennoch kaum halb so hoch wie vor dem Kriege.

Wenn so die Tatsachen aussehen, — woran zu zweifeln gar kein Grund vorliegt, — dann ist es eine unerhörte Unverfrorenheit der deutschen Kommunisten, insbesondere unserer kommunistischen Gewerkschafter, wenn sie den deutschen Gewerkschaften den Vorwurf machen, daß sie die Arbeiterchaft verraten habe, nichts zur Hebung ihrer Lage tun, die Geschäfte der Unternehmer besorgen usw. usw. Wie sehr die Löhne und Arbeitsverhältnisse der deutschen Arbeiterchaft verbesserungsbedürftig sind, ist niemanden klarer bewußt, wie unseren Gewerkschaftsführern. Wir verbitten uns aber mit aller Entschiedenheit von jener Seite die unsachliche demagogische Kritik; von jener Seite, die dort, wo sie die Macht in den Händen hat, die Arbeiterchaft noch viel tiefer im Elend stecken läßt. Und zwar nicht bloß im physischen, sondern auch im psychischen Elend in Gestalt des unerhörten Terrors, der auf der russischen Arbeiterchaft lastet.

Eine weitere dieser großen kommunistischen Lügen ist die so oft wiederholte Anschuldigung, die deutschen Gewerkschaften seien Gegner der russischen Arbeiterchaft. Nichts ist unrichtiger als das. Nicht gegen die russische Arbeiterchaft, sondern gegen ihre Despoten wenden wir uns, unter deren Terror gerade die sozialistische Arbeiterchaft dort so schwer zu leiden hat. In welcher unanständiger und verlogener Weise die deutschen Kommunisten selbst eine Annäherung hintertreiben, zeigt Tonn — der Gewährsmann des „Hamburger Echo“ — in seinem weiteren Bericht, wo er sagt: „Ueber die Behandlung der russischen Kommunisten in Deutschland seitens der Behörden, aber auch über ihr Verhalten scheint man in Rußland tolle Geschichten verbreitet zu haben. Die größte Schuld an der Verhöhnung sollen die deutschen kommunistischen Delegierten haben, weil sie in ganz verlogener Art und Weise berichtet hätten, daß Deutschland resp. die Gewerkschaften und die Partei direkt auf einen Angriff Rußlands warteten. Die deutsche Polizei kämpfe nicht gegen Diebe und Plünderer, sondern gegen die Kommunisten. Diese verlogenen Berichte würden zum großen Teil von den russischen Arbeitern als wahr geglaubt.“

Solche Anschuldigungen sind zu dumm, als daß man darauf noch näher eingehen müßte. Die deutschen Arbeiter, insbesondere die deutschen Gewerkschaften sind weder Gegner der russischen Arbeiter, noch einer Arbeiterrepublik Rußlands. Sie sind lediglich Gegner bolschewistischer Methoden, des unerhörten Terrors, der Unterdrückung jeder Meinungsfreiheit. Was wir dort sehen ist nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur über das Proletariat. Hier bei uns verlangen die Kommunisten die größte Meinungsfreiheit — solange sie noch in der Minderheit sind; sie schrecken aber, wie in Rußland, vor brutalsten Gewaltmitteln nicht zurück, wo sie die Macht dazu haben. Auch auf die Delegation hat man bereits versucht in mehr oder weniger starker Weise einzuwirken. Hierzu sagt Tonn Bericht:

„Auf der Rückreise habe man schon in Petersburg versucht, die deutsche Delegation zur Annahme einer Entschließung zu bestimmen, in der sich dieselbe einseitig zugunsten des Sowjetystems festlegen sollte.“

Nur durch das energische Auftreten Tonn und seiner Freunde gelang es, die schärfsten Giftzähne auszumergen. Da nicht alle Delegierten zugegen waren, ist die Entschließung trotzdem angenommen worden, die Kommunisten hätten aber bis jetzt keinen Gebrauch davon gemacht.“

Alles in allem genommen kann man daher sagen, daß die Gewerkschaften und mit ihr die große Masse der deutschen Arbeiterchaft mit Recht sowohl der Rußlanddelegation, wie ihren schöngefärbten Berichten skeptisch gegenüberstehen und ihnen keinen erheblichen Wert beimessen können.

Der Reichsindez.

Die erweiterte Reichsindezziffer für die Lebenshaltungskosten, die seit Anfang dieses Jahres nur noch allmonatlich veröffentlicht wird und leider noch immer als der richtige Maßstab für die Teuerung von amtlichen Stellen anerkannt werden muß, zerfällt bekanntlich in fünf größere Gruppen. Und zwar in Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, Bekleidung sowie in sonstige kleine Ausgaben. Die Entwicklung der Preissteigerungen in diesen einzelnen Gruppen sowie insgesamt veröffentlicht das Statistische Reichsammt allmonatlich in einer besonderen Zusammenstellung. Sie erscheint uns wichtig genug, sie auch unserer Kollegenschaft in dieser Aufmachung zur Kenntnis zu bringen und der eingehenden Beachtung zu empfehlen. Zum besseren Verständnis betonen wir nochmals, daß es sich hier lediglich um Indeziffern, also Verhältniszahlen, handelt, wobei die entsprechenden Teuerungszahlen von 1914 = 100 gesetzt sind. Nehmen wir als Beispiel an, daß die Kosten der Lebensmittel für eine Familie vor dem Kriege pro Woche sich auf 18 Mk. beliefen, heute dagegen für dieselben Lebensmittel 30 Mk. gezahlt werden müssen, dann ist der Preis von 18 Mk. als Indeziffer = 100 gesetzt und die Steigerung auf 30 Mk. beträgt in der Indeziffer ausgedrückt = 166,7. Das heißt also mit anderen Worten: der Lebensmittelindez steht auf 166,7. Oder nehmen wir an, ein Anzug hätte in der Vorkriegszeit 60 Mk. gekostet, während heute für einen Anzug derselben Güte 135 Mk. zu zahlen sind, dann ist der Preis von 1914, also 60 Mk., wiederum = 100 als Indeziffer gesetzt, während die heutige Indeziffer — also die 135 Mk. — auf 225 steht. Oder auch ein drittes Beispiel: Der Lohn eines Buchbindergehilfen betrug nach dem sogenannten Vierstädtetaris in Berlin vor dem Kriege 30,45 Mk., jetzt 44,16 Mk. Der Lohn von 1914 als Indeziffer wieder auf 100 gesetzt, ergibt, daß der heutige Lohnindez auf 145 steht. Dies vorausgeschickt, geben wir im nachstehenden die amtlichen Indeziffern für die gesamten Lebenshaltungskosten sowie der einzelnen Gruppen wieder. Dabei sind ebenfalls überall die Zahlen von 1913/14 = 100 gesetzt.

1925	Gesamt-lebenshaltung	Lebenshaltung ohne Bekleidung	Ernährung	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Bekleidung	sonstige Gebrauchsgegenstände	einmal. Verbrauch (Gebrauchsgüter u. Genussmittel)	sonstige
März ..	186,0	182,2	145,8	72,2	137,9	172,4	177,4	131,7	
April ..	190,7	181,4	144,2	78,5	138,2	173,5	178,9	132,4	
Mai ..	195,5	149,7	141,4	79,4	137,9	173,4	180,9	130,9	
Juni ..	198,8	163,2	146,1	79,0	138,5	173,4	182,9	133,8	
Juli ..	143,1	158,9	153,8	81,8	139,2	173,7	184,8	138,0	
August ..	145,0	159,5	154,4	87,7	140,3	173,4	186,4	140,8	
Septemb.	144,9	?	?	?	?	?	?	?	

Interessant ist ein Vergleich der einzelnen Spalten bzw. Gruppen. Während der Indez für die Gesamtlebenshaltung ebenso wie der für Ernährung allein vom März bis August um 9 Punkte gestiegen ist, sind die Indeziffern für Heizung und Beleuchtung in derselben Zeit nur um rund zwei Punkte und die für Bekleidung sogar nur um einen ganzen Punkt gestiegen. Bei aufmerksamer Beobachtung der einzelnen Spalten bzw. Gruppen erkennt man bald den starken Einfluß, den die einzelnen Indeziffern bei der Hebung oder Senkung haben.

So interessant und wertvoll die einzelnen Ziffern sind, um so bedauerlicher ist es, daß man von amtlicher Seite bewußt, mit Absicht und leider auch mit Erfolg den Reichsindez so tendenziös aufgebaut hat, daß er mindestens 10 Proz. unter der wirklichen Teuerung zurückbleibt.

Wir müssen lesen!

Die Volksschule, die wir besucht haben, war schlecht. Wir haben kaum das Lesen und Rechnen erlernt. Aber Tag um Tag vollbringen die großen Geister der Menschheit, die Gelehrten, die Techniker und die Künstler, immer neue Werke, die wir nicht verstehen können, wenn wir unseren Geist im Dunkeln lassen. Es gibt einen Freund, der Licht in unsere Hirne streuen kann, und das ist das Buch. Wir können uns selbst wenig Bücher kaufen. Durch die Buchgemeinschaften ist es aber doch jedem wesentlich leichter gemacht, sich eine Bibliothek zuzulegen. Auch die Arbeiterorganisationen haben Bibliotheken, deren Bestände lange noch nicht von jedem durchgesehen sind.

Wenn es Abend wird und die Arbeit zu Ende ist, dann holen wir uns Bücher über die Arbeiterfrage, Werte über Natur und Schöpfungen großer Dichter. Und wenn wir tagsüber verachtet waren, jetzt können wir auf einmal Zwiesprache halten mit den Großen, mit Goethe und Shakespeare, mit Marx und Lassalle, mit Darwin und Haecel, und können hineinblicken in Zeiten fühner Volksbewegungen, in die Sturmzeit der Bauernkriege und der französischen Revolution. Und so, nur so verändern wir uns selber, uns kaum merkbar, wachsen an der Größe der anderen und beginnen, die Fälle und die Bedeutung unserer eigenen Gegenwart zu genießen und zu verstehen, gehen daran, aus den Gedanken der anderen eigene Taten zu gestalten, und werden das, wozu wir geschaffen sind: tätige Zeitgenossen.

Ein gutes Buch gehört zu unseren besten Freunden. Es ist heute, was es gestern war, und wird sich nie ändern. Es ist der geduldigste und froheste Genosse. Es wendet sich nicht von uns in den Tagen der Sorge und des Mißgeschicks. Es empfängt uns stets mit derselben Freundlichkeit: es unterhält uns, belehrt uns in der Jugend und tröstet uns im Alter.

Sozialpolitische Schriften.

Die Arbeitslosenversicherung. Eine rechtsvergleichende Studie. 154 Seiten. Broschiert 2 M. Herausgegeben vom Internationalen Arbeitsamt, Genf. Kommissionsverlag: Dr. Hans Preiß, Berlin C. 19, Gertraudenstr. 18/19.

Kurz, klar und übersichtlich werden die Bestimmungen aller der Länder, die die Arbeitslosenversicherung eingeführt haben, dargestellt, die verschiedenen Systeme erläutert und schließlich die Probleme hervorgehoben, die gerade im Stadium der Einführung der Versicherung gelöst werden müssen. Die Schrift verdient die eingehendste Beachtung aller am Problem der Arbeitslosigkeit und der Sozialversicherung interessierten Kreise, sowie darüber hinaus aller derjenigen, die auf eine Gesundung unseres Wirtschaftslebens hinarbeiten.

Fehlinger, Hans. Die Siebente internationale Arbeitskonferenz 1925 in Genf. 16 S. 1925. Verlagsgesellschaft des ADGB. 0,60 M.

Es ist zu begrüßen, daß auch über diese Konferenz nunmehr ein Bericht im Druck erschienen ist, der zeigt, welche Möglichkeiten in der internationalen Zusammenarbeit für die Arbeiterchaft bestehen.

Die verbreitetste Schrift von Friedrich Engels: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ ist im Verlag J. H. W. Diez Nachf. neu erschienen. In ihrer knappen, populären Art ist die kleine Schrift nicht nur eine gute Darstellung der Entwicklung des Sozialismus von den großen Utopisten zum modernen wissenschaftlichen Sozialismus, sondern darüber hinaus eine vorbildliche Einführung in die Ideenwelt des modernen Sozialismus überhaupt. Deshalb ist ihr auch weiteste Verbreitung zu wünschen. Und der Verlag hat in dankenswerter Weise durch einen niedrigen Preis von 40 Pf. dafür Sorge getragen, daß jeder Arbeiter sich diese Engels-Schrift kaufen kann.

Löffler, Helmut. Rußland im Licht englischer Gewerkschafter. Kritische Bepfehung des Berichts der englischen Gewerkschaftsdelegation über Rußland. 32 S. 1925. Verlagsgesellschaft des ADGB. 0,80 M.

Unterhaltungsschriften.

Jacob auf der Himmelsleiter. Von Karl Brüger. Verlag J. H. W. Diez Nachf., Berlin SW. 68. Ganzleinen 2,40 M.

Keine Geschichten sind es vom Leben. Den Titel hat das schamde Bändchen von der Spigenovelle, die ein Stück Lehrbubendasein schildert mit Spiel, Zank und kleinen Abenteuern nach Feierabend.

In der Wohnung das Enge und Trübe des Hinterhauses. Jacob überwindet es mit seiner in die Zukunft schweifenden Sehnsucht. Dabei steht er immer eine Sprosse über dem wirklichen Leben und sieht Dinge, die mit Händen nicht zu greifen sind. Deshalb heißen sie ihn „Jacob auf der Himmelsleiter“. Wie er ausgereut hat, vermischt er sein Sehnen und zieht in die Welt. Nach Jahren kommt er als Seemann zurück. Aber auch die herbe Liebe seiner Eltern kann ihn nicht dabei halten. Arbeiten will er, doch auch die Frucht seiner Arbeit sehen. „Was einer wert ist, ist er überall wert. Kommt nur darauf an, wo man das zuerst einseht: daheim oder draußen!“

Eine Dorfgeschichte folgt dann, Weiberratfackrieg gegen ein ungetauftes Kind. Zur Taufe kommt es; aber statt eines Kinderopfers werden nur drei Weiberräte naß. Erster sind die beiden nächsten Erblungen „Der verlorene Vater“ und die „Spinne“. Das Köstliche hat sich aber Brüger für den Schluß aufgehoben: „Die Aufzeichnungen eines Vaters“ über Frösche. „Frösche“ ist ein kleines Menschenlein, ein sehr lebendiger Bub. Womit er seine Tage verbringt, das erzählt uns sein Vater in einer launigen Art, durch die Vaterstolz und Liebe an allen Ecken durchschauen. Und das ist gut so, denn gerade dadurch bekommen die Geschichten vom „Frösche“ etwas Frohes, Sonniges. Wie Frösche seine Beine entbedt, wie es sich als Sozialist betätigt und seine sonstigen Heidenaten ausführt, kann ich euch nicht erzählen, das müßt ihr selbst nachlesen. Und wenn ihrs getan habt, werdet ihr mir für meinen Rat danken. Das weiß ich bestimmt.

Rudolf Franke.

Roual Francé: Das Land der Sehnsucht. Ein wundervolles Buch, das der „Büchertreis“ da seinen Lesern in die Hand gibt! Alt und jung werden es mit Freude lesen! Der große Naturforscher irrt sich nicht, wenn er in dem in der Monatschrift des „Büchertreises“ gegebenen Einführungsartikel „Mein Buch vom Süden und ich“ schreibt: „Ich freue mich unendlich auf die vielen tausend Leser, in deren Herzen ich ein wenig von der stemlosen Freude und inneren Seligkeit gießen kann, die ich empfand auf meinen Wanderfahrten in fernen Ländern und Meeren.“

Man muß schon sagen, daß der „Büchertreis“ hält, was er versprochen hat: edelste Literatur für billigstes Geld dem wertigsten Volk in die Hand zu geben! Wenn wir hören, daß das nächste Buch des „Büchertreises“ einen unveröffentlichten Roman von Maxim Gorki, dem großen russischen Dichter, bringen wird, so gehört dem „Büchertreis“ für seine Tätigkeit alle Anerkennung — und auch alle Unterstützung!

Jugendbüchern.

Zwanzig Jahre Kampf um Jugendbuch und Jugendrecht. Die sozialpolitische Tätigkeit des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend. Von E. Ollenbauer. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 8. 48 Seiten. Preis: 0,60 M.

Der 4. Deutsche Arbeiterjugendtag in Hamburg stand im Zeichen des Kampfes um Jugendbuch und Jugendrecht. Die vorliegende Schrift gibt eine kurze Darstellung der bedeutamen Arbeit, die die sozialistische Jugendbewegung auf diesem Gebiet seit ihrem Bestehen geleistet hat. Der Verfasser geht zunächst kurz ein auf die Ursachen dieses Kampfes und legt dann an Hand der Beschlüsse und programmatischen Kundgebungen der Bewegung dar, wie sich der Verband im Laufe der Jahre ein umfassendes Jugendbuchprogramm erarbeitet hat. In kurzen Ausführungen wird nachgewiesen, daß das Ziel dieses Programms die Schaffung aller Voraussetzungen für die Heranbildung eines körperlich gefunden, geistig gesunden und sittlich starken Nachwuchses des deutschen Volkes ist.

Weitere Abschnitte behandeln dann die Bemühungen um die Verwirklichung des Programms, die nach den hoffnungsvollen Anfängen unmittelbar nach der Revolution auf immer größere Schwierigkeiten stießen, bis schließlich jetzt die Bewegung für den Jugendbuch einen neuen starken Antrieb durch die Initiative der Sozialistischen Arbeiterjugend erhalten hat, deren Arbeit es gelungen ist, die Jugendverbände aller Richtungen von der Notwendigkeit einer angenehmen Freizeit für die erwerbstätige Jugend zu überzeugen. Das Schlusskapitel behandelt die Haltung der Kommunisten. Es zeigt, daß sie zwar in Worten sehr radikal für die Jugend eintreten, in der Praxis aber bisher vollkommen versagt haben.

Die Schrift ist ein wertvolles Informationsmittel für alle Jugendliche im Arbeitsverhältnis und ein willkommenes Hilfsmittel für jeden, der die in Aussicht stehenden Kämpfe um die Verwirklichung des Jugendbuchprogramms verfolgen und unterstützen will.

Internationales.

Tarifabschluß in Belgien.

Wie wir bereits kurz mitteilten, ist der belgische Kampf nach 9 wöchigem Streik am 18. September mit einem neuen Tarifabschluß beendet worden. Die Löhne werden auf der Basis eines neuen Lohnschemas und des Teuerungsindex vom 15. September 1925 festgesetzt und um 12 Frank für Arbeiter und 7 Frank für Arbeiterinnen und Lehrlinge erhöht.

Am Anfang eines jeden Quartals werden die Löhne einer Revision unterzogen, wobei der Teuerungsindex des Arbeitsministeriums maßgebend ist. Geht der Index unter 400 Punkte oder übersteigt er 620 Punkte, so steht es jeder Parteil, das bestehende Lohnabkommen zu kündigen. Der neue Tarif stützt sich im wesentlichen auf die Verträge von 1919 und 1922 und umfaßt das ganze graphische Gewerbe. Als Arbeitszeit gilt die 48-Stundenwoche. An Feiertagen werden 11 pro Jahr bezahlt, davon 2 nach freier Uebereinkunft. Kündigungsfrist ist eine Woche.

Als Zuschlag für die Ueberstunden sind 25 Proz. für die ersten beiden und 50 Proz. für die nachfolgenden zu zahlen. Für Sonntagsarbeit erfolgt ein Aufschlag von 100 Proz.

Die den Arbeitern, Arbeiterinnen und Lehrlingen übertragenen Arbeiten sind ziemlich genau umschrieben. Maschinen sind nur von den Arbeitern einzustellen. Sie können dann aber teilweise von Arbeiterinnen bedient werden. Arbeiterinnen an automatischen Falzmaschinen oder Liniermaschinen erhalten den Lohn der Gehilfen. Schneidemaschinen und Vergoldepressen dürfen nur von Gehilfen bedient werden.

Schließlich sei noch hervorgehoben, daß in dem Tarifvertrag u. a. auch die sukzessive Aufhebung der Akkordarbeit und des Prämiensystems von beiden Parteien als selbstverständlich und notwendig erachtet wurde. Der Tarif gilt bis zum 30. Juni 1928.

„Internationale Arbeiterhilfe“.

Abgesehen von England ist man sich in allen Ländern Europas seit langem darüber klar, was hinter der Betriebbarkeit der unter dem Patronat der Kommunistischen Internationale stehenden „Internationalen Arbeiterhilfe“ (IAH) steckt. Gerade in neuester Zeit wird die „große Aktivität und das energische Auftreten“ dieser Hilfsorganisation, die sich selbst da „hilfsbereit“ zeigt, wo ihre Hilfe gar nicht verlangt wird, wieder einmal selbstam beleuchtet, und zwar in einem Bericht der Irischen Arbeiterpartei und dem Irischen Gewerkschaftsbund, in dem zunächst mitgeteilt wird, daß die Internationale Arbeiterhilfe einen Appell um Hilfe ausludte, in dem sie ihrem Entschluß Ausdruck gibt, „bei dem gegenwärtigen Konflikt (Kohlenindustrie) in Dublin den Arbeitern zu Hilfe zu kommen“.

Der Vorstand des Irischen Gewerkschaftsbundes bemerkt dazu, daß in der Kohlenindustrie in Dublin keine Lohnherabsetzungen, keine auf Lohnherabsetzungen gerichtete Versuche und überhaupt keine Konflikte zu melden sind.

Anschließend ist die IAH, unter die Hellscher gegangen, daß sie angeblich für Wohntampfe Gelder sammeln möchte, von denen der Gewerkschaftsvorstand selbst noch keine Ahnung hat. Es muß daher auch unserer Arbeiterchaft erneut empfohlen werden, den Sammlungen der IAH, mit größtem Mißtrauen gegenüberzustehen und sie nicht in ihren oft dunklen Handlungen zu unterstützen.

Auch-Buchbinder vor 250 Jahren.

Wir dürfen nicht glauben, daß erst in unserer Zeit dem zünftigen Handwerker das Leben durch Eindringlinge schwer gemacht wird. Vor 250 Jahren hatten schon die Buchbinder darunter zu leiden, und nicht nur Stümper verleideten ihnen das Brot, sondern Leute, die aus ganz anderen Gewerben kamen: Musfanten, ja selbst Bauern pflüchten ihnen ins ehrsame Handwerk. Um sich vor solchen Eindringlingen zu schützen, gaben die Meister der oberbayerischen Stadt Burghausen im Jahre 1673 eine neue Ordnung heraus, die in 28 wohlüberdachten Kapiteln festlegte, wer als Meister in der Buchbinderkunst zu gelten hatte. Danach durfte unter anderem das Meisterstück nur von ledigen Gesellen gefertigt werden, „auf daß keine Jungfrau oder Witwe mit ihm angeführt sei“, und das Meisterstück selbst sollte eine Bibel sein, „in solia planiert, in Schweinsleder einzupinden, prauem Schmidt, mit Buchl beschlagen“, dazu auch „ein Schauffmannsregister von einem Kih Kiegal in Rindleder, ohne Leims und Pappeln, mit glattem Rücken und hinten gestochen, auch sauber gestempelt“.

Auch ein Weg zum Industrieverband.

Der Hamburger Verbandstag hat uns wiederum das Bekenntnis zum graphischen Industrieverband gezeigt, diesmal etwas vorsichtiger und aus der Erkenntnis heraus, daß in manchem, was im Vorwärtskommen zum Industrieverband getan worden ist, fast die Würde eines selbständigen Verbandes überschritten wurde.

So mancher hat nach dem Kriege an eine baldige Möglichkeit des Zusammenschlusses geglaubt und dachte bloß an verbandstechnische und finanzielle Hindernisse, die von den Hauptvorständen bei gutem Willen bald hätten geregelt werden können; aber dort liegen nicht die Hindernisse, auch nicht für den Weg zum graphischen Industrieverband. Sonst hätte der Breslauer Gewerkschaftskongress mit starker Hand einfach die Zusammenschlüsse schaffen können.

Er hat es nicht getan, weil die moralische Voraussetzung eben noch fehlt; denn nur der durchgereifte Gedanke in den Massen der Arbeiter, daß sie eine bestimmte, niedergedrückte Klasse sind, aus der ein Entkommen nur in höheren individuellen und finanziellen Fällen möglich ist, nur dieser Massengedanke, das gemeinsame proletarische Joch, das wir tragen müssen, öffnet den Weg zum graphischen Industrieverband.

Alles was man hört, ist eine einzige Klage gegen die Kollegen des Buchdruckerverbandes als Gegner des Zusammenschlusses. Und was wird da alles angeführt: sogenannter Künstlerstolz, alter Anmungsstolz und dergleichen hübsche Sachen mehr. Dann wieder sind bei ihnen unsere Kolleginnen und die Ungelernten das Hindernis; ebenso weiter ihre volle Verbandsstufe usw. Aber von dem Richtigen, der moralischen Solidarität im engeren Sinne, das uns Buchbindern so gut wie den Buchdruckern in so manchen Fällen noch fehlt, von dem spricht niemand.

Ist auch die Stellung des Arbeiters zum Unternehmer in der Vorkriegszeit und im besonderen nach dem Kriege durch die Arbeit der Organisation gehoben worden, so kann niemand bestreiten, daß die Arbeiterschaft für die meisten Arbeitgeber nur das Objekt der krassesten Ausbeutung ist. Da können uns alle Reden von sozialem Entgegenkommen nicht täuschen. Wir verurteilen das auf das schärfste, um — täglich daselbe, nur in anderer Form, selbst zu tun. Wir sind empört, daß die Träger des Kapitals uns auch in geistiger Beziehung als Menschen zweiter Klasse ansehen und zu behandeln suchen, weil wir nur durch die Obrigkeitsschule mit viel Religion und wenig Rechnen durchgegangen sind. Wir verurteilen auch dieses, um täglich daselbe auch zu tun.

Sicher ist der Hebel zur moralischen Voraussetzung zum Industrieverband. Erst müssen wir selbst im Buchbinderverband dafür sorgen, daß auch alle im Verband Vereinigten in den Betrieben unter uns selbst auch wirklich gleichgestellt sind. Der Gedanke, wir sind doch alle Bucharbeiter, jeder ist notwendig und gleichberechtigt, oder gelernt oder ungelern, dieser Gedanke muß durchdringen. Und doch gibt es so viele, die stark nach unten hin, aber nur nicht nach oben hin zeigen, daß sie gelernte Arbeiter sind. Man vergesse doch nicht, daß mancher Ungelernte, der leider heute für einen Hungerlohn arbeiten muß, ein tüchtiger Facharbeiter geworden wäre, wenn nicht die Not der Kinderjahre ihn schon davon abgelenkt hätte. Trotzdem bringt es ein großer Teil der Gelernten tagtäglich fertig, unseren ungelerten Kollegen ihr angebliches Mehrfein fühlen zu lassen. Auch den jungen Kollegen gegenüber. Von den Kolleginnen will ich gar nicht reden. Nur zu gut wissen wir es alle, daß in zahlreichen Fällen die Kolleginnen als ganz untergeordnet angesehen werden, denen man alles bieten darf.

Was die Klage anbetrifft, daß Kolleginnen und Ungelernte so wenig Interesse am Verbandsleben haben, so braucht man sich nicht darüber zu wundern. Wir müssen eben mehr Interesse und Anteil an den Lebens- und Arbeitsbedingungen der sozial schwächer Gestellten nehmen. Seht nach Belgien, dort war Streik — Streik der Bucharbeiter, also aller Arbeiter und Arbeiterinnen, die aus weissem Papier Zeitungen und Bücher herstellen. Seht nach Dänemark, dort war der große erfolgreiche Kampf im ganzen Lande, dessen Grundziel die Hebung des Lohnes der Ungelernten auf das Existenzminimum war.

Und wir in Deutschland, im Zeitalter der Maschine, wo wir selber zur Maschine geworden sind, wir können es immer noch nicht lassen, daß wir an eine Kette geschmiebelt sind, ob gelernt oder ungelern. Wir treiben noch Ständeunterschiede; darum weg mit dem sogenannten Facharbeiter- und Handwerkerstolz, das sind doch bloß Lebenshalter aus der alten Anmungszeit, die sind eines modernen Arbeiters unwürdig und eine künftig erhaltene Fußangel der Unfähigkeit von Seiten des Kapitals.

Darum schafft Solidarität in den Betrieben;

fühlt euch alle gleich. Sucht den wahren Zusammenschluß innerhalb der Organisation, dann kommt auch mehr Verbandsinteresse, dann kommen wir zum Ziel. Und sind dann die andern Berufe im graphischen Gewerbe noch immer nicht für einen Industrieverband, so haben wir uns in der Zeit durch uns selbst so emporgearbeitet, daß wir auch allein als Buchbinderverband den Weg zur endgültigen Menschwerdung finden werden.

Karl Oswald, Hannover.

Eine Tripelallianz in Deutschland.

Trotz der Scheu mancher Gewerkschaften vor einem festeren Zusammenschluß verschiedener Organisationen zu machtvolleren Industrieverbänden zwingt die praktische Tätigkeit doch immer mehr zu einer Annäherung und zu einem Zusammengehen. So ist beispielsweise vor kurzem zwischen den Organisationen der Staats- und Gemeindebeamten, d. h. dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten einerseits und dem Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands und dem Deutschen Verkehrsband andererseits ein Kartellvertrag zustande gekommen, der den Zweck hat, eine wirksame gemeinsame Interessenvertretung herbeizuführen. Abgesehen von dieser Interessensvertretung erstreckt sich die Zusammenarbeit auf die Aufstellung und Verfechtung allgemeiner Grundsätze auf dem Gebiete der Lohn- und Gehaltspolitik und des sozialen Arbeitsrechts.

Die Bewegungen zur Verbesserung der Befoldung und Entlohnung, zur Verkürzung der Arbeitszeit bzw. der Dienstschichten sollen im engsten Einvernehmen miteinander geführt, wie auch alle Maßnahmen auf sozialpolitischem Gebiet getroffen werden.

Bei Abwehrbewegungen unterstützen sich die Organisationen nach Kräften moralisch, und soweit es die Verhältnisse gestatten, auch finanziell nach den Grundsätzen gewerkschaftlicher Solidarität. Alle wichtigen organisatorischen Veränderungen, beabsichtigte Änderungen der Organisationsform, des organischen Aufbaues und Ausbaues der Organisationen werden gemeinsam beraten, ehe eine Beschlussfassung erfolgt.

Die Funktionäre der Organisationen sind verpflichtet, sich in der Agitation innerhalb ihrer Agitationsgebiete tatkräftig gegenseitig zu unterstützen; bei der Abwehr gegnerischer Angriffe leisten sie sich gegenseitig Hilfe.

In den Orten, wo eine der Organisationen Angestellte oder aktive Funktionäre nicht besitzt, sind die Angestellten bzw. Funktionäre der anderen Organisationen verpflichtet, den Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, soweit es die Verhältnisse gestatten.

Die Beiträge und Unterstützungseinrichtungen sind möglichst nach gleichen Bedingungen und Sätzen auszugestalten.

Die Bezirksleitungen und Ortsverwaltungen der Organisationen sind gehalten, im Sinne der Vereinbarung und im Geiste brüderlicher Kameradschaft zusammen zu arbeiten. Abmachungen und Vereinbarungen, die über das Vorstehende hinausgehen, dürfen von den Bezirksleitungen und Ortsverwaltungen nur im Einvernehmen mit den Verbandsvorständen getroffen werden.

Die Arbeitsgemeinschaft soll in weiterer Auswirkung die Organisationen näher zusammenführen, um gegebenenfalls eine engere organisatorische Bindung vornehmen zu können. Weitere Organisationen, insbesondere die der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen, sowie des Verkehrs, können in der Gemeinschaft Aufnahme finden, sobald die Voraussetzungen zur Erfüllung vorhanden sind.

In einem besonderen Vertrag sind Richtlinien für die Agitation festgelegt, um Grenzstreitigkeiten unter allen Umständen zu vermeiden.

Der Streit um die Organisationsform ist hier auf dem einzig möglichen und zielsicheren Wege der gegenseitigen Verständigung gelöst. Die Organisationen des öffentlichen und privaten Verkehrs wollen sich keineswegs gegen die übrigen Organisationen abschließen. Sie lassen vielmehr allen übrigen Organisationen der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen und des Verkehrs den Weg zum Anschluß offen, um zu gegebener Zeit sich als Einheitsorganisation des Verkehrs im weitesten Sinne zusammenzuschließen. Die Dinge sind im Fluß, der Weg ist offen und das Ziel ist klar.

Verleger contra VDB.

Nach einer Mitteilung des VDB. ist eine Anzeige gegen ihn wegen „Mißbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung“ beim Reichswirtschaftsministerium eingereicht worden. Wie aus der weiteren Bemerkung hervorgeht, sollen „gute Freunde aus Verlegerkreisen vorgelebt haben, dem Ministerium auf diese billige Weise den Sündenbock vorzuführen zu können, der verantwortlich zu machen sei für die Buchverteuerung. Auf den Ausgang des Streitfalles kann man gespannt sein.

Es gewinnt bald den Anschein, als ob die vielgepriesene Preisentfesslung der Regierung sich in der Hauptsache dahin ausgewächst, daß die vielen Unternehmer- und Händlergruppen sich gegenseitig des Preiswunders bezichtigten.

Gautag Südbayern.

Am 13. September*) fand in Augsburg der Gautag statt. Betretten waren die Zahlstellen München, Augsburg, Kaufbeuren sowie die Vertrauensleute von Freising, Landsbut und Rosenheim. Ferner hatte der Gewerkschaftsverein Augsburg, der Buchdruckerverband, der Verband der Lithographen und Steindrucker, der Graphische Hilfsarbeiter-Verband sowie der Gau Nordbayern Vertreter entsandt. Zu Vorsitzenden wurden Baer-München und Stegmann-Augsburg, als Schriftführer Schmidbauer und als Führer der Rednerliste Stephan-München gewählt. Den Geschäftsbericht gab Faust, der besonders darauf hinwies, in welcher schwieriger Weise sich das Verbandsleben in der Berichtsperiode vollzogen hat. Aber trotz all der großen Schwierigkeiten hat sich der Gau Südbayern sehr gut gehalten. Die Notwendigkeit der rechtzeitigen Abrechnung betonend, ermahnte Faust die Anwesenden, tatkräftig überall mitzuarbeiten. Die beantragte Entlastung wurde dem Gauvorstand einstimmig erteilt.

Den Bericht vom Verbandstag gab Müller-München in ausführlicher Weise, dabei die Beitragsregelung und das Unterstützungswesen besonders betonend. Besonderes Augenmerk mußte darauf gelegt werden, daß alle Mitglieder in ihrem ureigenen Interesse in die zuständige Beitragsklasse steuern. Das gesamte Unterstützungswesen sei auf dem Verbandstag im Interesse der Mitglieder verbessert worden.

Zur Frage des Oppositionsverbandes erläuterte der Berichtsfasser den diesbezüglichen Beschluß des Verbandstages und betonte, daß der Verbandstag damit allen jenen ehemaligen Mitgliedern, die es ernst meinen mit der Wiedervereinigung, die Hand dazu geboten habe.

Bezüglich der Bildungseinrichtungen lenkte der Redner das Augenmerk auf die sachlichen und geistigen Bildungsmöglichkeiten hin, wobei er betonte, daß der Jugend das größte Interesse entgegengebracht werden müsse. Die Mitarbeit an der „Buchbinder-Zeitung“ müsse durch Mitteilungen über Betriebsvorgänge, Betriebsunfälle usw. gefördert werden. Zum Schluß forderte Redner auf, durch intensive Kleinarbeit tatkräftig an dem weiteren Auf- und Ausbau des Verbandes mitzuwirken.

In der Diskussion debattierte Kollege Kienle, daß der Verbandstag zur Wiedervereinigung dem Oppositionsverband nicht ganz die Hand geboten hätte. Für die bedeutend über Minimum Entlohnenden wäre eine Ertragssteuerung am Plage gewesen. Wegen das Unterstützungswesen wandte sich Redner insbesondere deshalb, weil dadurch zuviel Angestellte gebraucht würden.

In seinem Schlußwort stellte Müller die Behauptungen Kienles richtig, indem er betonte, daß der Oppositionsverband in Berlin keine freigewerkschaftliche, sondern eine kommunistische Organisation sei. Gabel und Czerny seien gerade diejenigen, welche die Hauptschuld an der Spaltung tragen. Die Möglichkeit des Abbaues von 15 Angestellten durch Aufhebung der Unterstützungseinrichtungen beruhe auf Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. Herber-Fürnberg verteidigte das Unterstützungswesen, da die Praxis lehre, daß die Mitglieder die Unterstützungen notwendig brauchten.

Ueber Tarif- und Lohnpolitik referierte Kollege Faust. Eingangs seiner Ausführungen wies er auf die verschiedenen Arbeitsmethoden hin, kam dann auf die neueren Maschinen zu sprechen und erläuterte dabei die Akkord- und Stundenentlohnung. Er betonte, daß die Entlohnung im Akkord nicht das schlechteste Entlohnungssystem sei. Bei einer gefundenen Basis könne man dieses sogar als gerechtere Entlohnungsweise anerkennen. Der Abschluß von Reichstarifen bringe besonders der Provinzkollegen-schaft bestimmte Vorteile, die es im Interesse der

*) Infolge Erkrankung des Schriftführers erhielten wir erst jetzt den Bericht. D. R.

